

Bundesregierung muss die Sorgen der Bürger ernst nehmen

Fortsetzung von Seite 1

„Der Migrationspakt soll die Migrationspolitik in einer zunehmend vernetzten und globalisierten Welt ordnen“, erläutert Henning Otte, CDU-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Celle-Uelzen. „Es soll erreicht werden, dass Standards, die bei uns selbstverständlich sind, auch in anderen Ländern erzielt werden, damit die Menschen vor Ort bleiben und dort ihre Zukunft suchen. Es geht darum, dass wir diese Vereinbarung unterschreiben weil wir sagen, die Migrationspolitik kann nur global gestaltet werden. Aber es setzt deutsche Interessen und deutschen Regeln nicht außer Kraft. Wir behalten die volle Souveränität in Grenz- und Sicherheitsfragen. Wir führen damit eine Rücknahmeverpflichtung ein, die für andere Länder gilt, damit diese ihre Staatsbürger auch wieder zurücknehmen. Und es ist auch nicht so, dass das vermehrt zu Aufnahme führen wird.“

„Insgesamt bleiben unsere nationalen Gesetze erhalten“, versichert Otte. „Hier haben wir maßgeblich das Asylrecht und die Abschieberegeln verschärft.“ Der CDU-Abgeordnete kritisiert, dass im Moment der Migrationspakt dazu genutzt werde, um Falschmeldung zu verbreiten. Dem müsse man sich argumentativ klar entgegenstellen. „Diese Regelung erhöht die Standards in fremden Ländern“, meint Otte. „Standards, die wir beispielsweise in der Gesundheitsversorgung längst haben.“

Zu den Sorgen der Bürger, dass in Deutschland alles so angepasst wird, dass eine große Zahl an Migranten hierher kommt, sagt Otte: „Wir sind ja nicht verrückt, wenn wir diese Politik jetzt für notwendig erachten. Es geht darum, dass Personen, die hier kein Aufenthaltsrecht haben, auch klar unser Land wieder verlassen

müssen.“ Bisher hätten sich beispielsweise die Grünen dieser Abschiebepolitik entgegen gestellt, indem sie sichere Herkunftsländer nicht anerkannt haben. Der Pakt soll eben auch dazu führen, dass diese Rücknahmemöglichkeiten jetzt verpflichtend von vielen Ländern dieser Welt angenommen werden.

„Es sind in vielen Ländern insbesondere die Kinder und die Frauen, die schwer leiden und wenig Perspektive haben“, erläutert Otte. „Und auch hier gilt: Wir müssen in der Gesundheits- und in der Bildungspolitik weltweit Standards setzen.“ Es gebe Länder,

Länder auf, ihre Leute sofort zurückzunehmen.“

„Insgesamt muss man unterscheiden zwischen Migrationspolitik und Flüchtlingspolitik“, erläutert Otte. „Dieser Pakt regelt ausschließlich die legale Migration. Es geht hier nicht darum, dass wir unser Land öffnen. Wir haben einen wesentlichen Beitrag für die Flüchtlingssituation geleistet. Hier sind die Kapazitäten erschöpft. Deutschland hat mit viel ehrenamtlicher Hilfe Großartiges geleistet. Jetzt sind die ordnungsgemäßen Verfahren nach und nach umgesetzt worden. Und die Menschen, die hier kein Bleiberecht haben,

hin bereit Entwicklungshilfe zu geben. Wer die Standards nicht erreichen will, dem würden die Leistungen gekürzt.“

Während der CDU-Bundestagsabgeordnete den Migrationspakt verteidigt, fordern nur auch die Freien Wähler eine Nachverhandlung. Am vergangenen Wochenende fand in Koblenz der Bundesparteitag der Freien Wähler statt. Die Mitglieder votierten dabei mit einer großen Mehrheit für eine Aufforderung der Freien Wähler an den deutschen Bundestag auf Nachverhandlung des zur Unterschrift stehenden UN-Migrationspaktes. „Wir sind nicht gegen den Pakt an sich, aber er muss nachverhandelt werden“, sagte hierzu Tobias Gotthardt (MdL).

Der Grund dieses Entschlusses liege in der fehlenden Transparenz der Verhandlungen. So sei der Pakt erst vor gut einem Monat in deutscher Sprache öffentlich zugänglich gemacht und auch viel zu kurz im Bundestag debattiert worden. Des Weiteren seien noch viele „handwerkliche Fehler“ in diesem Abkommen enthalten. Allein die Enthaltung wichtiger Staaten nehme dem Migrationspakt die nötige Wirkung und lasse dieses Werk unzureichend erscheinen.

Die Celler Teilnehmer votierten geschlossen für eine transparente Nachverhandlung des Abkommens. „USA, Österreich, China und weitere Staaten wollen diesen UN-Migrationspakt nicht zustimmen. Dies ist ein mehr als deutliches Zeichen, welches den Sinn eines solchen Abkommens in Frage stellt. Deutschland muss hier auf seinen Einfluss setzen, um zum Wohle der Menschen in Not bessere Bedingungen zu erwirken“, meinte Michael Osterloh, Vorsitzender des Kreisverbandes der Freien Wähler Celle.

Gerne nehmen wir ihre Leserbriefe zu dieser Thematik entgegen.



Henning Otte.

Foto: Müller

die sehr weit hinter den deutschen Standards zurückliegen. Deshalb würden sich Menschen auf den Weg machen, um nach Deutschland zu kommen. Diese Standards sollen laut Otte mit dem Migrationspakt geregelt, gestaltet und sichergestellt werden.

„Die Verschärfung des Asylrechts und der Abschieberegeln hat dazu geführt, dass Anfragen im Rahmen der legalen Migration wesentlich weniger geworden sind“, so Otte. „Illegale Migration lehnen wir ohnehin ab und fordern die

werden auch zurückgeführt.“ Otte weist abschließend darauf hin, dass der im Migrationspakt stehende Begriff „Verpflichtung“ nicht „rechtliche Bindung“ bedeute.

Man verpflichte sich Standards anzunehmen und man verpflichte sich auch, sich dafür einzusetzen, dass in anderen Ländern diese Standards erzielt werden - auch durch eine Entwicklungspolitik, die konditioniert sei und nach einem Belohnungseffekt arbeite. Das heißt, wenn Standards erreicht werden, sei man weiter-



Der **Celler Kurier** will seinen Lesern die Möglichkeit geben, ihre Meinung zu diesem Thema zu äußern und fragt:

„Soll die Bundesregierung den Migrationspakt unterzeichnen?“

Bitte Postleitzahl angeben!
PLZ: -----

Ja

Weiß nicht

Nein

Senden Sie Ihre Antwort (unter Berücksichtigung des Datenschutzes anonym) bis Donnerstag, 29. November 2018, an: Celler Kurier, Mühlenstraße 8a, 29221 Celle

Das prozentuale Ergebnis, das sich aus den Zusendungen aus unserer großen Leserschaft ergibt (in Stadt und Landkreis leben schließlich zirka 180.000 Menschen), wird von uns nach Einsendeschluss veröffentlicht.

